

Die PDS und die Vereinigung von KPD und SPD 1946

In einer Erklärung zum 55. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD räumen die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer und die Berliner Landesvorsitzende der PDS Petra Pau ein, daß die Formierung der SED „auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen“ worden sei. Mit dieser Erklärung und den von ihr ausgelösten Diskussionen befaßte sich am 5. Mai 2001 der Parteivorstand der PDS, der sich seinerseits auf ein Positionspapier verständigte. Beide Statements, die das historische Verhältnis der beiden Linksparteien KPD und SPD und die Zukunft der bundesdeutschen Linken thematisieren, dokumentieren wir im Wortlaut. – D. Red.

Vor 55 Jahren: gewollt und verfolgt. Erklärung der PDS-Vorsitzenden Gabi Zimmer und der Berliner Landesvorsitzenden der PDS Petra Pau vom 18. April 2001 (Wortlaut)

In kaum einem zweiten Land ist das Verhältnis linker Strömungen und Parteien untereinander so belastet wie in Deutschland. Wunden, die man sich im 20. Jahrhundert schlug, hinterließen Narben und gegenseitiges Misstrauen.

Die gemeinsame Geschichte belastet die Gegenwart. Noch immer abrufbereit sind die Verantwortung von Gustav Noske für die Ermordung der KPD-Gründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Tausenden Kommunistinnen und Kommunisten, die in der Weimarer Republik unter sozialdemokratischen Regierungen als politische Gefangene in Haft geworfen wurden, der „Blut-Mai“ des Jahres 1929. Ebenso präsent ist die verheerende Sozialfaschismusthese der damaligen KPD, die mit Zwang einhergehende Vereinigung von KPD und SPD sowie die Verfolgung von Sozialdemokraten durch die SED. Beispiele nur, die nicht verdrängt werden sollen und ohnehin verschiedenen Bewertungen unterliegen.

Auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 hatte sich die SED beim „Volk der DDR“ dafür entschuldigt, „daß die ehemalige Führung der SED unser Land in (eine) existenzgefährdende Krise geführt hat“. Dazu stehen wir und wir meinen aus heutiger Sicht: Dies sollte die Vereinigung von KPD und SPD einschließen. Denn die Gründung und Formierung der SED wurde auch mit politischen Täuschungen, Zwängen und Repressionen vollzogen.

Wir erwarten übrigens von der Sozialdemokratie keine Abbitte für Handlungen, mit denen sie der deutschen Linken Schaden zugefügt hat. Geschichte läßt sich nicht gegenseitig aufrechnen, Ablassrituale machen sprachlos, sie haben nichts mit historischer Aufarbeitung zu tun.

Nach den Erfahrungen des Jahres 1933 und mit der folgenden nationalsozialistischen Barbarei war der Drang nach einer wieder vereinigten Arbeiterbewegung in Deutschland weit verbreitet, übrigens nicht nur in der Sowjetischen Besatzungszone. Die Gründung der SED war historisch erklärbar, sie war von vielen gewollt und vollzog sich regional sehr unterschiedlich.

Zugleich verweisen Historiker darauf: Skeptisch waren seinerzeit keineswegs nur „rechte“, argwöhnisch waren vor allem „linke“ Sozialdemokraten, darunter viele ehemalige Anhänger der KPD. Sie hatten in den zwanziger Jahren erlebt, wie in der KPD demokratischer Meinungsstreit ausgeschaltet und die Partei einer stalin-treuen Linie unterworfen wurde. Nun befürchteten sie hinter der Vereinigung erneut eine Vereinheitlichung nach stalinistischen Prinzipien, so, wie sie auch in anderen osteuropäischen Staaten vorstatten ging.

Viele, die sich damals dem Zusammenschluss von KPD und SPD verweigerten, bezahlten das mit ihrer Freiheit, ihrer Gesundheit, nicht wenige mit dem Leben. Auf der 13. Tagung des Parteivorstands der SED 1948 drängte Wilhelm Pieck: „Wir haben ... sehr viele Kräfte in unserer Partei, die innerlich noch nicht von der Notwendigkeit der Vereinigung überzeugt waren ...“ Fortan trat ein, was linke Einheitsgegner 1945/46 befürchtet hatten. Sozialdemokraten in der SED wurden gedemütigt und verfolgt, ebenso kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder von KPDO, SAP, die sogenannten Westemigranten, schließlich nicht wenige, die in der Nazi-Zeit in KZ und Zuchthäusern für ihre Ideen gelitten hatten.

All das gehört zur widersprüchlichen Geschichte. Die PDS hat sich ihren Anteil 1989/90 bewusst aufgebürdet, um einen Neuanfang zu wagen, einen besseren. Sie trägt an ihm, schwer. Zugleich halten wir es für schlicht ahistorisch, wenn konkurrierende Parteien uns die Vergan-

genheit und sich die Zukunft verordnen wollen. Zumal die zentrale Frage des 21. Jahrhunderts, die Verwirklichung von individueller Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, noch immer einer Lösung harrt, und zwar weltweit.

Auch deshalb ist uns eine grundsätzliche Lehre wichtig. Die Linke ist plural und auch nur so in der Lage, eine offene Gesellschaft erfolgreich zu verändern. Das Unglück der Linken ist nicht, dass sie in verschiedenen Parteien agieren. Die Misere der Linken ist ihre Spracharmut miteinander.

Auseinandersetzungen mit der Geschichte nicht instrumentalisieren. Positionspapier des Parteivorstandes der PDS vom 5. Mai 2001 (Wortlaut)

1. Die Auseinandersetzungen aus Anlass des 55. Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone haben noch einmal die Tragik der Geschichte der sozialistischen Bewegung im 20. Jahrhundert ins Bewusstsein gerufen.

Das Versagen der deutschen Sozialdemokratie und der Zweiten Internationale am Vorabend und Beginn des I. Weltkrieges, ihre Unfähigkeit, mehrheitlich eine antiimperialistische und antinationalistische Position zu beziehen und sich als Gegenmacht gegen Krieg und Unterdrückung zu bewähren, hat die organisatorische und geistige Spaltung der Linken in Europa herbeigeführt. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und anderer demokratischer linkssozialistischer Führer und schließlich deren Verdrängung im Maße der Bolschewisierung der neuen Kommunistischen Parteien bzw. ihre Liquidierung durch die stalinisierte Komintern der dreißiger Jahre sowie die These von der Sozialdemokratie als Sozialfaschismus haben den unheilvollen Gegensatz zwischen SPD und KPD verfestigt. Auch in den Zeiten des Widerstandes gegen den deutschen Nationalsozialismus konnte er nicht überwunden werden.

Die Vereinigung von KPD und SPD in der Sowjetischen Besatzungszone war einerseits der ernst gemeinte Versuch vieler überzeugter Sozialdemokraten und Kommunisten, durch diese Vereinigung die Ursachen der Niederlagen von 1914, 1918 und 1933 zu überwinden. Andererseits war es von Seiten entscheidender Funktionäre der KPD und der Stalinschen Führung in der Sowjetunion ein Schritt, um die Sozialdemokratie zu instrumentalisieren, sie sich unterzuordnen und letztlich als eigenständige Kraft zu beseitigen. Dazu wurde auch zu Betrug, Repression, Verfolgung und politischer Gewalt gegriffen. Nach 1948 setzte sich diese Tendenz durch. Die Geschichte der SED ist eine Geschichte der Verdrängung, Unterdrückung und letztlich der Beseitigung des sozialdemokratischen Erbes. Spätestens seit den siebziger Jahren verstand sich die SED selbst als rein kommunistische Partei.

Die Tragödie der Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung ist Teil der Tragödie des 20. Jahrhunderts. Sie wirkt bis heute nach und erschwert politische Kooperation. Es muss der Ursachen erinnert werden, es muss der Opfer gedacht werden, es müssen die Verantwortlichen klar benannt werden. Politische Organisationen haben die Pflicht, sich der eigenen Geschichte zu stellen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur eigenen Verantwortung. Entschuldigungen gegenüber den von Repression Betroffenen sind ein Zeichen dafür. Sie sind keine Demutsgesten, sondern ein Ausdruck von kritischem Selbstbewusstsein.

2. Die Vereinigung von KPD und SPD war historisch legitim und bedarf als solcher keiner Entschuldigung. Nicht die Vereinigung, sondern die Art und Weise der Vereinigung beider Parteien und vor allem die spätere Vereinheitlichung, die das sozialdemokratische Element unterdrückte, aber auch kritische Kommunisten, ehemalige Mitglieder der KPDO, der SAP oder des Leninbundes sowie Westemigranten betraf, muss Gegenstand unserer historischen Kritik sein. Dadurch waren frühzeitig Strukturen der SED entstanden, die nicht nur das Scheitern der Einheitspartei, sondern auch das Scheitern der DDR mitverursacht haben. Unser Respekt vor den Generationen des Aufbaus und der Gestaltung der DDR gebietet es, diese historischen Zusammenhänge nicht zu verdrängen. Ihrer Lebensleistungen werden wir nur gerecht, wenn wir die Bedingungen betrachten, unter denen sie handeln mussten und unter denen sie – trotz aufopferungsvollem gemeinsamen Engagement von SED-Mitgliedern und anderen DDR-Bürgern für ihren Staat – das Ende der DDR nicht abwenden konnten.